

Correspondenzblatt

der

Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands.

Das Blatt erscheint
jeden Sonnabend.

Redaktion: **P. Umbreit,**
Berlin SO. 16, Engelufer 15.

Abonnementspreis
pro Quartal M. 2,50.

Inhalt:

Seite

Von den internationalen Sozialkongressen in Zürich. I. 581
 Vom diesjährigen sozialdemokratischen Parteitage. 581
 — Wichtigeren Beschlüsse des Parteitages 581
 Arbeiterbewegung. Aus den deutschen Gewerkschaften . 588

Mitteilungen. Für die Verbands-Expeditionen. — Unter-
 stützungsvereinigung 588
 Hierzu: Statistische Beilage Nr. 8: Lohnbewe-
 gungen, Streiks u. Aussperrungen im Jahre 1911.

Von den internationalen Sozialkongressen in Zürich.

I.

In der Zeit vom 5. bis 12. September tagten in Zürich vier internationale Kongresse, von denen drei mit den Spezialfragen der Arbeitslosigkeit, Heimarbeit und Sozialversicherung beschäftigt waren, während der vierte das Gesamtgebiet der sozialen Arbeiterpolitik behandelte. Der letztere, repräsentiert durch die „Internationale Vereinigung für geschlichen Arbeiterschutz“, ist zweifellos berufen, die übrigen internationalen sozialen Vereinigungen und Kongresse früher oder später aufzufangen, und schon die fast gleichzeitige Tagung der vier Kongresse und Konferenzen am gleichen Orte war kein zufälliges Ereignis, sondern unter dem Gesichtspunkte der Annäherung zwecks ständigen Zusammenarbeitens und späterer Verschmelzung vorbereitet. Es ist auch eine Verständigung der leitenden Kreise in diesem Sinne bereits erfolgt.

Die erste der genannten Tagungen, die der „Internationalen Vereinigung zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit“, war kein öffentlicher Kongress, sondern eine gemeinsame Sitzung der Landescomités der Vereinigung. Sie fand am 5. und 6. September in Anwesenheit von 70 Vertretern aus 20 Ländern statt, darunter 10 Vertreter von Landesregierungen. Die Vereinigung zählt in 21 Ländern 875 Mitglieder. In 14 Staaten bestehen Landessektionen, in drei weiteren Staaten sind solche in der Gründung begriffen. Das Budget dieser Internationalen Vereinigung in Höhe von 35 000 Frank wird zumeist für die Organisation des Sekretariats und die Herausgabe des internationalen Bulletins beansprucht. Auch einige der nationalen Sektionen geben besondere Bulletins heraus.

An erster Stelle befaßte sich die Konferenz mit der Arbeitsvermittlung in Statistik und Gesetzgebung. Einem von deutscher Seite hierzu vorge schlagenen Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik wurde zugestimmt. Die Ergebnisse dieser Statistik sollen der nächstjährigen internationalen Konferenz unterbreitet werden. Den Landessektionen wurde nahegelegt, sich über die besten Mittel zur Förderung des öffentlichen gemeinnützigen Arbeits-

nachweises zu äußern, damit die nächste Konferenz nach erfolgter Aussprache darüber zu Beschlüssen gelangen könne.

Die Frage der Auswanderung wurde besonders auch hinsichtlich der inneren Arbeiterwanderungen erörtert. Ein von ungarischer Seite hierzu vorgelegter Bericht soll allen Landessektionen zugestellt werden mit dem Ersuchen, sich zu den darin enthaltenen Vorschlägen zu äußern. Indes sei diese Frage zu vielseitig und es sei ratsam, die Diskussion auf gewisse Seiten derselben zu beschränken, in erster Linie auf die zeitweisen nationalen und internationalen Wanderungen, über welche die Arbeitsstatistischen Ämter aller Länder statistisches Material sammeln sollten.

In einer Aussprache über die Mittel zur Verminderung der Arbeitslosigkeit durch bessere Methoden bei der Vergebung öffentlicher Arbeiten wurden Vorschläge gemacht, die eine bessere Verteilung aller öffentlichen Arbeiten bezwecken, so daß die Zeiten der Krisen und die gewöhnlich am schwersten betroffenen Arbeitslosigkeitsgebiete berücksichtigt werden. Auch soll eine berufliche Leitung bei Ausschreibung der öffentlichen Arbeiten erstrebt werden. Diese Vorschläge werden den Landessektionen übermittelt, die ihrerseits der nächsten Konferenz Bericht erstatten sollen.

Zur Frage der Arbeitslosigkeitsstatistik hat das Sekretariat der Internationalen Vereinigung eine Erhebung nebst Bericht vorgelegt, denen die Konferenz zustimmte. In dem Bericht werden als wichtigste Elemente der Statistik für das Studium der Arbeitslosigkeit allgemeine und lokale Erhebungen, ferner Erhebungen über die Zahl der Arbeitslosen in den Gewerkschaften und über die Zahl der Beschäftigten durch Behörden und Arbeitgeberverbände bezeichnet.

Die Bibliographie der Arbeitslosenfrage soll möglichst vervollständigt werden. Alle Landes sektionen sollen angeregt werden, hierzu beizutragen. Für die Aufstellung eines definitiven Planes wurde eine Studienkommission, vervollständigt durch Mitarbeiter aus den einzelnen Ländern, eingesetzt.

Hinsichtlich der Arbeitslosenversicherung sollen alle Landessektionen über die auf diesem Gebiete gemachten Fortschritte berichten und das früher gesammelte Material vervollständigen, wobei besonders kritische Würdigungen der verschie-

besitzer Scholem-Berlin gegen etliche Vergleichspunkte. Justizrat Dr. Mayer-Frankenthal führte die Einwände treffend ab; er betonte die soziale Seite des Tarifvertrages und trat warm ein für den Tarifabschluß unter Berücksichtigung eines von ihm gestellten Abänderungsantrages:

Den Satz 2 der Ziffer I zu fassen:

„Nicht zur Aufnahme in die Dienstordnung, sondern als Grundsatz der Billigkeit wird den Kassen empfohlen, Angestellte auch in den ersten fünf Jahren ihrer Dienstzeit nur aus wichtigen Gründen aufzukündigen.“

Mit dieser Aenderung wurden die Einigungsvorschläge und ein entsprechender Tarifabschluß einstimmig genehmigt.

In besonderen Vorträgen wurde noch verhandelt über: „Das Verhältnis der Krankenkassen zu den Apothekern“ und über die „Erhebung der Beiträge für die Invalidenversicherung durch die Krankenkasse“; eine befürwortende Resolution wurde hierzu gegen etliche Stimmen angenommen. Den Schluß der Tagesordnung bildete ein Referat über: „Das Versicherungsgesetz für Angestellte“. In seinen Leitfäden sprach sich der Referent Justizrat Mayer gegen Schaffung eigener Pensionseinrichtungen der einzelnen Kasse aus. Diese Leitfäden wurden dem Vorstande des Hauptverbandes zur weiteren Prüfung der Verhältnisse mit dem Auftrage überwiesen, alsdann den Kassen die erforderlichen Informationen hinsichtlich der bereits bestehenden eigenen Pensionseinrichtungen zu übermitteln.

Als Ort der nächsten Tagung wurde Breslau bestimmt.

In seinem Schlußworte wandte sich Frähdorf noch einmal mit aller Schärfe gegen die Gelüste reaktionärer Drahtzieher, eine „nationale“ Gegenorganisation ins Leben zu rufen, um damit parteipolitische Tendenzen erst in die Ortskrankenkassenbewegung hineinzutragen. Unter dem Beifall der Versammlung legte Frähdorf hiergegen Verwahrung ein im Interesse der Krankenversicherung und eines gedeihlichen Zusammenarbeitens von Arbeitgebern und Versicherten auf diesem neutralen Versicherungsgebiet.

Die Verhandlungen des Kölner Ortskrankenkassentages, der einen außerordentlich befriedigenden Verlauf nahm, werden vor allem hinsichtlich der Centralisation der bestehenden Ortskrankenkassen in der organisierten Arbeiterschaft den weitesten Widerhall finden. Mit der ungeliebten Zersplitterung muß unbedingt aufgeräumt werden. Aufgabe unserer Gewerkschaften ist es nun, über die Ausführung dieses Beschlusses in allen Orten zu wachen. Der rechte Weg, der unnötige Schädigungen Beteiligten vermeidet, ist allerorts leicht zu finden; jetzt gilt es, mit Energie und Umsicht ihn zu verfolgen!

C. G.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der Nr. 39 des „Corr.-Bl.“ wird die Statistische Beilage über die Lohnbewegungen und Streiks im Jahre 1911 beigegeben. Diese Nummer erscheint im Umfange von 48 Seiten.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten. Kassenbericht vom 2. Quartal 1912.

Einnahme:	
Kassenbestand vom 1. Quartal 1912	8 616,97 Mk.
9954 Mitgliederbeiträge	59 724,—
Zinsen	10 336,50
Summa	78 677,47 Mk.

Ausgabe:	
Zurückgezahlte Beiträge	1 155,60 Mk.
Witwenunterstützung	14 962,70
Invalidenunterstützung	5 137,50
Waisenunterstützung	360,—
Sterbegeld an Frau Windolph	200,—
„ „ „ Schulze	200,—
„ „ „ Stegmann	200,—
Abfindung einer Witwenunterstützung	600,—
Hauptversammlung, Diäten f. Delegierte	3 178,—
Drucksachen	105,45
Gutachten in Invalidentagen	24,—
Kartothek. Ergänzung	40,—
Datumstempel	97,—
Drucksachen	16,25
Postschekgebühren	44,81
Borto	120,70
Auf der Bank	44 735,65
An den Kassierer	200,—
Kassenbestand	2 299,81
Summa	78 677,47 Mk.

Vermögensübersicht:	
Auf der Bank	1 028 361,97 Mk.
Kassenbestand	2 299,81
Summa	1 030 661,78 Mk.

Revidiert, Bücher und Belege für richtig befunden.

Die Revisoren:

Franz Stahl. Gustav Reinke.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

Berlin:	Dieterich, August, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
„	Seld, Max, Akquisiteur.
„	Neumann, August, Angestellter d. Arbeiter-Abstinenzbundes.
Düsseldorf:	Krengel, Karl, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.
„	Wahlert, Paul, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
„	Hoffmann, Emil, Angestellter d. Glasarbeiterverbandes.
Eilberfeld:	Frische, Jakob, Angestellter des Textilarbeiterverbandes.
Frankfurt a. M.:	Schneider, Wilhelm, Ang. des Gemeindefabrikantenverbandes.
„	Halle, Hermann, Angestellter des Gärtnerverbandes.
Gera-M.:	Kausch, Bernhard, Redakteur.
Hamburg:	Löhrike, Paul, Angestellter des Landarbeiterverbandes.
„	Schröder, Martha, Kontorangest.
Hannover:	Alberti, Heinrich, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
Herford:	Wahle, Karl, Angestellter des Fabrikarbeiterverbandes.
Köln:	Bertram, Josef, Angestellter d. Buchdruckerverbandes.

möglich an eine Bewilligung der örtlichen Gesundheitsbehörde zu knüpfen.

Die Arbeiterschutzgesetze und die Gesetze betreffend die soziale Versicherung sind auf die Hausarbeit auszudehnen.

3. Konsumenschutz. Verbot der Erzeugung und Bearbeitung von Lebensmitteln und Tabak in der Heimarbeit.

Obligatorische Anzeige der ansteckenden Krankheiten.

Möglichste Desinfektion der in Heimarbeit hergestellten Kleider und Gewebe, sowie andere Waren, wenn der Heimarbeiter, der sie erzeugt hat, oder sein Hausgenosse an einer ansteckenden Krankheit gelitten hat.

Vernichtung der erzeugten Waren, wo es vom sanitären Standpunkt geboten erscheint. Dabei soll dem Betroffenen Schadenersatz geleistet werden, desgleichen dem Hausarbeiter, der wegen der Ansteckungsgefahr zur Arbeitseinstellung genötigt worden ist.

4. Inspektion. Es ist ein amtlicher Spezialaufsichtsdienst zu organisieren, der namentlich durch Ärzte, Arbeiter, Arbeiterinnen usw. zu besorgen ist. In Ermangelung eines solchen Dienstzweiges ist die Fabrikinspektion auf die Heimarbeit auszudehnen.

Das Aufsichtsamt hat die Gewerkschaften und insbesondere Lehrer, Ärzte usw. zur Erleichterung der Kontrolle und zur Durchführung der Schutzmaßnahmen hinzuzuziehen.

Im Interesse der in der Heimarbeit beschäftigten Kinder hat eine ärztliche Inspektion analog der Schulinspektion für alle in der Heimarbeit beschäftigten Minderjährigen Platz zu greifen.

Außer diesen speziellen Maßnahmen soll die Verbesserung der Lage der Heimarbeiter dadurch erstrebt werden, daß alle Bewegungen unterstützt werden, die auf eine Verbesserung der sanitären Verhältnisse der Bevölkerung hinsichtlich Wohnung, rationeller Ernährung, Bekämpfung der Volksübel wie Alkoholismus, Tuberkulose, Unwissenheit usw. hinzielen. Die hygienischen Kenntnisse sind in allen Schulen, namentlich in den Gewerbeschulen zu verbreiten.

Auch diese Vorschläge fanden die Billigung des Kongresses. Eine weitere Sektion hatte über die Konsumentenaktionen gegen die Heimarbeit beraten, in der namentlich die Käuferligen sehr stark vertreten waren, weniger leider die Konsumgenossenschaften, die dem Kongreß nicht die gewünschte Aufmerksamkeit gewidmet hatten. Ihre Wünsche verdrängten sich zu folgenden Leitsätzen:

1. Propaganda. Der Kongreß wünscht, daß die Konsumentenorganisationen die Ausbreitung der vom Kongreß aufgestellten Grundsätze durch Vorträge, Zeitungsartikel, Ausstellungen und Veröffentlichungen aller Art wirksam unterstützen möge;

daß in den nationalen und lokalen Propagandacomités auch Vertreter der Käuferligen Sitz und Stimme erhalten;

daß die Propagandacomités und die verschiedenen Sektionen der Käuferligen in steter Wechselbeziehung zueinander bleiben, damit jede Sektion des Käuferverbandes über den Gang der Dinge fortlaufend unterrichtet sei, um in der ihnen zur Verfügung stehenden Presse die Gesetzesreform vorbereiten zu können;

daß Wanderausstellungen von Heimarbeiten in jedem Lande organisiert werden; daß zu diesem Zwecke die Propagandacomités gewisse Regeln aufstellen, mit der Aufgabe der Benennung jedes ausgestellten Gegenstandes;

daß die Konsumentenorganisationen und besonders die Käuferligen die Heimarbeitsfrage auf die Tagesordnung ihrer Kongresse stellen und im besonderen die Diskussion der Mittel, welche dem Käufer zur Mitarbeit in der Bekämpfung der Ausbeutung der Heimarbeiter erziehen können.

2. Gesetzgebung. Der Kongreß wünscht, daß das Gesetz dazu befugten Vereinen und besonders den sozialen Käuferligen eine Mitarbeit gestattet an der Gesetzesausführung. Dieses könnte bewerkstelligt werden, indem man ihnen das Recht gibt, in gleicher Weise, wie es für die Berufs- und Fachverbände geschieht, bei den zuständigen Behörden Einsprache gegen Gesetzesänderungen und Nichtbeachtung der Minimallohntarife zu erheben.

Auch diese Leitsätze wurden vom Kongreß angenommen.

Die Beratungen der 1. Sektion (Gesetzgebung) litten unter einer gewissen Unfertigkeit und Unklarheit der Vorbereitungen. Eine Resolution, welche in üblicher Weise die grundlegenden Forderungen an die Gesetzgebung herausgehoben, die weiteren nebensächlicheren Details aber den Einzeländern überlassen hätte, lag zunächst nicht vor. Dagegen begann man, ohne daß die Kongreßteilnehmer vorher genügend über diesen Geschäftsgang unterrichtet waren, mit der paragraphenweisen Spezialdiskussion eines von der belgischen Sektion ausgearbeiteten, noch dazu spottischlecht ins Deutsche überjetteten Gesetzentwurfes, dem sicherlich in seiner allgemeinen Tendenz und in seinen Hauptpunkten durchaus zugestimmt werden konnte, der jedoch, wie sich beim Abschluß mehr und mehr herausstellte, andererseits mancherlei Lücken und Schwächen enthielt. Man wählte daher zuletzt den Mittelweg: in einer Resolution wenigstens die wesentlichsten Grundbestimmungen des Entwurfs als Vorbild für weitere gesetzgeberische Schritte zu empfehlen. Als solche Hauptpunkte seien hier aufgeführt: die genaue Vorführung und Lizenzenkontrolle für alle Heimarbeiter und Zwischenmeister, die Vorchrift von eindeutigen, präzisen Lohnlisten und Lohnbüchern (§§ 3 und 4), von strengen hygienischen Maßnahmen für Produktion und Absatz (§ 5), vor allem jedoch obligatorische paritätische „Lohnauschüsse“ (Lohnämter) mit weitgehenden Befugnissen hinsichtlich der Lohnfestsetzung und Lohnnachprüfung (§§ 6 bis 14). Gerade für diese zentrale Forderung des gesamten Heimarbeitereschutzes ergab sich nach allen Seiten eine überwältigende Mehrheit.

So wird der Kongreß seinen Eindruck auf die Gesetzgebungen in den einzelnen Ländern sicher nicht verfehlen und für die propagandistische Vorarbeit ein guter Ansporn sein. Sein bestes Ergebnis aber bleibt, daß er aller koalitionsfeindlichen und koalitions müden Tendenzen ungeachtet zur Organisierung der Heimarbeiter aufruft und an das Solidaritätsgefühl der letzteren appelliert. Die Gewerkschaften werden nunmehr mit erneutem Eifer die gewerkschaftliche Agitation in den hausindustriellen Berufsschichten pflegen, und ihre Hausarbeit wird hoffentlich auch gute Früchte tragen.

Der Internationale Kongreß für Sozialversicherung beriet an erster Stelle über die Ausdehnung des gesetzlichen Versicherungszwanges auf die höheren Angestellten, Hausgewerbetreibenden und gewisse Kategorien von Selbständigen. Prof. Piloty-Würzburg konstatierte als Referent, daß große Kreise der Selbständigen nicht weniger versicherungsbedürftig sind als die Arbeiter. Als Beispiel führte er an, daß in Sachsen etwa drei Viertel aller Selbständigen nicht mehr als 2500 Mk. Jahreseinkommen haben. Zum mindesten seien diese Schichten zur freiwilligen Versicherung zuzulassen, da ein Teil derselben dem gesetzlichen Zwang vielleicht widerstreben würde. Es wurde indes darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertretungen des

denen Systeme und eine Stellungnahme zu dem in England jetzt durchgeführten Plan einer obligatorischen Versicherung erwünscht seien.

Schließlich stimmte die Konferenz den Bestrebungen zu, die großen internationalen Vereinigungen näher zusammenzuführen; hierfür ist die Schaffung gemeinsamer Gruppen in den einzelnen Ländern ins Auge gefaßt. Die bezüglichen Verhandlungen sollen vom internationalen Bureau fortgesetzt werden.

Der nächstjährige II. internationale Kongreß für Bekämpfung der Arbeitslosigkeit soll in Gent stattfinden.

Der zweite der internationalen Kongresse war der Bekämpfung der Heimarbeit gewidmet. Er tagte am 8. und 9. September. 247 Teilnehmer aus 19 Ländern waren anwesend, davon 65 aus der Schweiz, 59 aus Frankreich, 49 aus Belgien und 16 aus Deutschland. Von den deutschen Gewerkschaften nahmen zwei Vertreter der Generalkommission und je ein Vertreter der Verbände der Buchbinder, Holzarbeiter und Schneider teil.

Dem Kongreß war ein reiches Material an Berichten, Gutachten und Vorschlägen aus den angeschlossenen Staaten unterbreitet. Auch die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands hatte sich an dieser Berichterstattung beteiligt durch Ausarbeitung zweier Denkschriften, von denen die eine die gesetzliche Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland behandelte, während die andere der gewerkschaftlichen Bekämpfung und Regelung der Heimarbeit in Deutschland gewidmet war. Aus den beiden Denkschriften ergibt sich, daß die Heimarbeitengesetzgebung in Deutschland trotz der jahrzehntelangen Agitation von Partei und Gewerkschaften noch in den zaghaftesten Anfängen stecken geblieben ist. Das deutsche Hausarbeitsgesetz ist ein Rahmengesetz geblieben, das seinen Inhalt erst durch Verordnungen der Landescentral- und Ortspolizeibehörden erhalten soll. Dagegen sind auf dem Gebiete der gewerkschaftlichen Aktion in einer Reihe von Berufen (Lederwarenarbeiter, Schneider, Handschuhmacher, Kürschner, graphische Berufe, Holzarbeiter) schon ganz ansehnliche Fortschritte auf tariflichem Wege, teils durch Ausschluß, teils durch Regelung der Heimarbeit erzielt, letzteres, sobald es gelang, die Heimarbeiter in größerem Umfange der Organisation zuzuführen. Der gewerkschaftliche Bericht verweist auch auf die zwischen der Generalkommission und dem Centralverband deutscher Konsumvereine getroffenen Vereinbarungen zwecks Einschränkung bzw. Ausschluß von Heimarbeitserzeugnissen aus dem Konsum der gewerkschaftlich und genossenschaftlich organisierten Arbeiterschaft.

Zur Beratung standen vier Hauptfragen: die Gesetzgebung, die Inspektion, die Gewerkschaftsorganisation und die Konsumentenaktion. Diese Fragen wurden an einzelne Sektionen verwiesen, die für die Plenarberatung geeignete Leitsätze auszuarbeiten hatten. In den Sektionsverhandlungen traten die Gegensätze der nationalen wie sachlichen Auffassungen oft recht heftig zutage, je nachdem bald die gesetzgeberische, bald die gewerkschaftliche Aktion bevorzugt wurde. Protektionisten und Anti-Protektionisten standen sich gegenüber; zwischen beiden vermittelten die Gewerkschaftsvertreter verschiedener Nationen, welche ebenso energisch für eine gute Schutzgesetzgebung wie für die Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter eintraten.

In der gewerkschaftlichen Sektion kam dieser Widerstreit zum vollen Austrag. Indes gelang es dem energischen und überzeugungsvollen Auftreten der deutschen und österreichischen Gewerkschaftsvertreter, fast sämtliche Teilnehmer an den Sektionsverhandlungen auf gewisse Leitsätze zu vereinigen, in denen die Notwendigkeit der Förderung der gewerkschaftlichen Organisation der Heimarbeiter anerkannt wird. Die Leitsätze in ihrer vom Kongreß beschlossenen Form lauten:

„Die wirtschaftliche, soziale und hygienische Sanierung der Heimarbeit erfordert ein vereintes und zielbewusstes Zusammenwirken der gesetzgeberischen und der gewerkschaftlichen Aktion.

Der Kongreß spricht die Ansicht aus, daß die befriedigende Durchführung der gesetzlichen Maßnahmen ohne eine ausreichende gewerkschaftliche Organisation sehr schwierig ist.

Der Kongreß ist der Ansicht, daß vom internationalen Standpunkt aus das beste Mittel zur Verbesserung der Lage der Heimarbeiter und Heimarbeiterinnen eine starke Berufsorganisation ist.

In der Erwägung, daß im gegenwärtigen Augenblick noch nicht in allen Ländern und in allen Berufen diese in ausreichendem Maße verwirklicht ist, spricht der Kongreß die Ansicht aus:

a) daß eine systematische Propaganda zu entfalten sei, um die Heimarbeiter von der Nützlichkeit der gewerkschaftlichen Organisation zu überzeugen und in ihnen die Solidarität zu wecken;

b) daß das Eingreifen der Gesetzgebung für die Regelung der Heimarbeit überall notwendig ist, um den bestehenden Mißbräuchen abzuwehren.

Der Kongreß wünscht, daß die Gesetzgebung so beschaffen sei:

a) daß sie alle Hindernisse gegen die gewerkschaftliche Organisation beseitige;

b) daß sie die Mitarbeit der Gewerkschaften für die Bildung von Lohnämtern fördere;

c) daß sie den von den Gewerkschaften abgeschlossenen Tarifverträgen für die Heimarbeiter rechtsverbindliche Kraft gewährt und ihre Wirkung unter gewissen Voraussetzungen auf alle Heimarbeiter des fraglichen Berufs und Bezirks ausgedehnt werde.

Den Gewerkschaften wird dringend empfohlen, mit den Käuferligen und Konsumvereinen Vereinbarungen zur Sanierung der Heimarbeit abzuschließen.

Die Sektion, die über die Durchführung und Kontrolle der gesetzlichen Maßnahmen mit besonderer Berücksichtigung des Gesundheitsschutzes zu beraten hatte, empfahl dem Kongreß folgende Entschlüsse:

1. Enqueten: Es ist durch amtliche und private Enqueten sowie mit Hilfe der praktischen Ärzte und der Lehrer die methodische Erforschung der gesundheitlichen Verhältnisse der Hausarbeiter zu ermitteln. In erster Linie sind zu diesem Zwecke Verzeichnisse der Heimarbeiter jeder Gemeinde zu erstellen.

2. Arbeiterschutz: Die zu ergreifenden Maßnahmen müssen ohne Unterschied auf beide Geschlechter ausgedehnt werden, da eine nur für das weibliche Geschlecht erlassene Schutzmaßregel erfahrungsgemäß für dieses Geschlecht Schädigungen im Gefolge hat.

Hausarbeit, bei der schwere Vergiftungen vorkommen können, ist zu untersagen.

Die Erstellung von Motoren für die Hausindustrie ist an eine Bewilligung zu knüpfen, der eine sanitäre und technische Inspektion vorauszugeben hat.

Die sanitären Verhältnisse der Hausarbeit sind zu verbessern und die bezüglichen Einrichtungen sind wo-

deutschen Handwerks sich gleichfalls für den gesetzlichen Versicherungszwang ausgesprochen haben. Der Kongress beschloß, die strittige Frage der Versicherungsart durch eine Enquete klären zu lassen.

Eine Erörterung der Ergänzung der obligatorischen Rückversicherung durch freiwillige Kapitalversicherung führte zu keinerlei wichtigeren Entschlüssen.

Ueber die Belastung durch die Sozialversicherung referierte Dr. Freund-Berlin, der den Nachweis führte, daß in Deutschland Handel, Gewerbe und Industrie durch die Lasten der Arbeiterversicherung keineswegs in ihrer Entwicklung beeinträchtigt, sondern im Gegenteil gefördert worden seien. Die Industrie habe gute Arbeiten gewonnen und die öffentliche Belastung von Staat und Gemeinden für Armenfürsorge sei zurückgegangen. Als Folgewirkung der Arbeiterversicherung bezeichnete der Redner auch die Milderung der sozialen Kämpfe; eine Auffassung, über die sich gewiß streiten läßt. Uebrigens seien die Versicherungsbeiträge für die Arbeiter angesichts ihrer weit höheren Leistungen für Gewerkschaften und Partei noch sehr gering. Das mag vielleicht zutreffen, indes ist der Vergleich der Arbeiterversicherung mit den Gewerkschaften sehr wenig angebracht, da die letzteren für die Arbeiter ja ohne Frage unendlich mehr leisten. Es wurde in der Debatte auf eine vom Schweizerischen Arbeitersekretariat in Angriff genommene Haushaltungsstatistik verwiesen, welche auch die Belastung der Arbeiterbudgets durch Versicherungsbeiträge feststellen wolle. In einer angenommenen Resolution wurde die Erhebung derartiger Statistiken aufgefordert und das Bureau beauftragt, mit Hilfe von Statistiken die methodischen Grundlagen für eine solche Statistik auszuarbeiten und die Ergebnisse den Landessektionen und danach einer neuen Konferenz zu unterbreiten.

An letzter Stelle beschäftigte sich der Kongress mit der Frage der Unfallstatistik, für welche eine für alle Länder geeignete einheitliche Methode empfohlen wurde.

Vom diesjährigen sozialdemokratischen Parteitag.

Der diesjährige Parteitag der deutschen Sozialdemokratie fand in der Woche vom 15.—21. September in Chemnitz statt. Er hatte ein reiches Arbeitspensum zu bewältigen und die Art, wie die reichhaltige Tagesordnung erledigt wurde, stach auch diesmal wohlthuend ab von den bewegten Debatten auf manchen früheren Parteitagen. Wie die vorjährige Tagung in Jena die Geschlossenheit der Partei vor dem Wahlkampfe demonstrierte, so hinterläßt auch der erste Parteitag nach der großen Wahlschlacht den einen erhebenden Eindruck einer geschlossenen aktionsfähigen Arbeiterpartei. Die mächtig vorwärts schreitende Organisation der deutschen Sozialdemokratie beherrscht immer mehr die Parteitage und drückt ihnen das Gepräge ernster, sich des Zieles und der Verantwortung bewußter Arbeit auf.

Diese ununterbrochene organisatorische Entwicklung ist alljährlich aus dem Bericht des Parteivorstandes zu ersehen. Seit der Errichtung der festen Vereinsorganisation hat sich die Mitgliederbewegung wie folgt gestaltet:

Jahr	Mitgliederzahl	Steigerung Proz.
1906	384 327	—
1907	530 466	38,0
1908	587 336	10,7
1909	633 309	7,8
1910	720 038	13,6
1911	836 562	16,1
1912	970 112	15,9

Das ist eine Mitgliederbewegung, die nur in der Entwicklung unserer Gewerkschaften ein Gegenstück findet. Sechs Wahlkreisorganisationen zählen bereits über 20 000 Mitglieder, darunter Hamburg III mit 42 532 Mitgliedern. In dem letzten Jahre betrug die Mitgliederzunahme 15,9 Proz. oder die der männlichen Mitglieder 15,2 Proz. und die der weiblichen 21,0 Proz. Die politische Organisation der Frauen hat überhaupt gute Fortschritte gemacht unter der neuen Organisationsform, die Zahl der weiblichen Mitglieder beträgt zurzeit 130 371. Das Netz der Parteiorganisation erstreckt sich bereits auf 4827 Ortsvereine, die Zahl der fest angestellten Bezirks- und Landessekretäre beziffert sich auf 49. Von den Kreisorganisationen sind 84 Sekretäre angestellt. Bildungsausschüsse bestehen in 575 Orten, Jugendausschüsse in 574 und Kinderschuttkommissionen in 125 Orten. Die Zahl der sozialdemokratischen Reichstagswähler betrug bei der Wahl im Januar des laufenden Jahres 4 250 329 gegen 3 259 020 bei der Wahl im Jahre 1907. Immer mehr dringt die Partei auch in die Gemeindeverwaltungen ein. In den Stadtverordnetenversammlungen von 470 Städten sitzen zurzeit 2531 sozialdemokratische Vertreter und in 2680 Landgemeinden hat die Partei 7593 Vertreter. Auf allen Gebieten sind also große Fortschritte zu verzeichnen.

Die Diskussion zum Bericht des Parteivorstandes wurde im wesentlichen von dem Streitfall mit Göppingen beherrscht, wobei die Korrespondenten einiger „radikaler“ Parteiblätter unter die Räder kamen. Die brunnenbergische Tätigkeit dieser Sorte von Korrespondenten wurde bloßgelegt und auch die redaktionellen Methoden der betreffenden Parteiblätter fanden ihre Beleuchtung. Der Parteitag erteilte dem Parteivorstand einmütig Decharge.

Zur Frage des Stichwahlabkommens vertrat Scheidemann in einer ausgezeichneten Rede den Standpunkt des Parteivorstandes. Die angegriffene „Dämpfung“ in einer Anzahl Wahlkreise, wo die Partei sonst nur durch die Wahlhilfe der infamsten Arbeiterfeinde hätte siegen können, wurde von Scheidemann wirkungsvoll verteidigt und der Parteitag brachte seine Zustimmung dadurch zum Ausdruck, daß er entsprechend dem Wunsche des Parteivorstandes über sämtliche zum Stichwahlabkommen gestellten Anträge zur Tagesordnung übergang. Prinzipiell ist damit auch anerkannt, daß derartige Fragen auf Grund der jeweiligen Situation beurteilt und entschieden werden müssen.

Die Lebensmittelleuerung wurde ebenfalls von Scheidemann besprochen. In einer vom Parteitag einstimmig angenommenen Resolution wird die sofortige Öffnung der Grenzen für ausländisches Vieh und Fleisch, Abschaffung der Zölle auf Lebensmittel und Futtermittel sowie die sofortige Einberufung des Reichstages gefordert. Gegen die Versuche der Scharfmacher, das Koalitionsrecht der Arbeiter zu erdroffeln, wird Protest erhoben.

Das Referat Haafes über den Imperialismus zeichnete in eingehender Weise die kapitalistische

Expansionspolitik und das damit verbundene Wett-rüsten. Dem stellte Redner den Völkerfrieden des Sozialismus gegenüber. In einer Resolution protestiert der Parteitag gegen die imperialistische völkerverheerende Politik des Kapitalismus, er fordert an Stelle dessen Einschränkung der Rüstungen. „Die Sozialdemokratie,“ so sagt die Resolution, „bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.“

Eine wichtige Frage war die der Reorganisation der Partei, die in Chemnitz zur Beratung stand. Infolge der Angriffe auf den Parteivorstand, dem mangelnde Initiative vorgeworfen wurde, setzte der Parteitag in Jena eine Reorganisationskommission ein, die diese Frage prüfen und eventuelle Vorschläge ausarbeiten sollte. Diese Vorschläge lagen in Chemnitz vor. An der Zusammenfassung des Parteivorstandes wollte die Kommission nichts ändern und die Attache einiger Unentwegten, die im Parteivorstande „politische Köpfe“ vermischen, fand auch auf dem Parteitage keine Gegenliebe. Ein Redner war boshaft genug, daran zu erinnern, daß man erst vor einem Jahre den Parteivorstand „radikalisiert“ habe, daß aber bereits das eine Jahr Verantwortung auch die neuen Vorstandsmitglieder in Kollision mit jener Intransigenz gebracht habe, die in der Phrase ihr Lebenselement findet. Der wichtigste Antrag der Reorganisationskommission betraf die Einsetzung eines Parteiaus-schusses, bestehend aus Vertretern der Bezirke und Landesorganisationen. Der Parteiaus-schuss soll mit dem Parteivorstand gemeinsam alle wichtigen Fragen des Partei- und politischen Lebens beraten und gütlich seine Meinung äußern. Die Entschliebung liegt jedoch beim Parteivorstand, der ja auch die Verantwortung gegenüber der Partei trägt. Die Vorschläge der Kommission wurden angenommen bis auf den Antrag, die Teilnahme der Reichstagsfraktionsmitglieder einzuschränken. Zu diesem Punkt wurde beschlossen, es beim bisherigen System zu belassen.

Den festen Willen, die Einheit der Partei aufrechtzuerhalten und allen Zersplitterungskeimen vorzubeugen, bekundete der Parteitag durch seine Stellungnahme zu den Sonderkonferenzen der verschiedenen Parteirichtungen. Diese Konferenzen sind gewiß ohne böse Absichten entstanden, die heftigen Meinungskämpfe innerhalb der Partei während mehr als eines Jahrzehnts führten verschiedenlich zu mündlicher privater Aussprache der Anhänger der einzelnen Richtungen unter sich. Allein daraus ist gewissermaßen System geworden, die Konferenzen bekamen zuweilen eine festere Form und der Parteitag zu Chemnitz sah sich daher veranlaßt, sich mit der Frage zu befassen. Seine Entscheidung enthält zwar nicht ein formelles Verbot derartiger Konferenzen, aber die moralische Wirkung des Beschlusses kann doch nur die sein, daß die Sonderkonferenzen einzelner Richtungen aufhören. Der Partei kann damit nicht gedient sein, daß sich so nebenher unter Ausschluß der Öffentlichkeit gewisse Institutionen heranbilden, die aktuelle Fragen im voraus zu entscheiden suchen ohne Rücksicht auf die Argumente, die in der Diskussion auf dem Parteitage zum Ausdruck gebracht werden. Der Parteitag hat den Wunsch ausgesprochen, daß solche Kon-

ferenzen unterbleiben sollen und es ist im Interesse der Parteeinheit zu hoffen, daß allseits diesem Wunsche Folge geleistet wird.

Zur Frage der Jugendbewegung erhob der Parteitag Protest gegen die Rechtlosmachung der Jugend, gegen die administrative Willkür, die gegen die Bildungsbestrebungen der arbeitenden Jugend etabliert worden ist. — Ebenso protestierte der Parteitag gegen die Bewaffnung der Arbeitswilligen und die nachsichtige Behandlung dieser Randies durch die Behörden. Die Reichstagsfraktion wurde aufgefordert, die Sache im Reichstag weiter zu verfolgen. Anträge betreffend die Alkoholfrage führten zu einer neuen Aufforderung an die Arbeiterschaft, den Schnapskonsum einzustellen, den Schnaps zu boykottieren.

Ein wirkungsvolles Referat hielt Otto Hue zur Frage des Vergarbeiter-schutzes, und die von ihm vorgelegte Resolution fand die einmütige Billigung des Parteitages. Hue besprach eingehend die steigende Unfallhäufigkeit im Bergbau, die insbesondere bei guter Konjunktur erschreckenden Umfang annimmt, und enthüllte zugleich, wie anlässlich der Katastrophe auf der Zeche Lothringen der Kaiser durch die Interessenten falsch informiert wurde.

Durch die Aufhebung des übereilten Nürnberger Beschlusses betreffend Abführung eines Tagelohnes an den Maifonds durch diejenigen Genossen, die ohne Verlust des Arbeitsverdienstes am 1. Mai feiern, hat der Parteitag einen unliebsamen Zustand beseitigt, der Anlaß zu unangenehmen Zwistigkeiten gegeben hat. Ob Partei- und Gewerkschaftsangeestellte nach wie vor den Lohn für diesen Tag abführen sollen, soll der nächste Parteitag entscheiden.

Bezüglich des internationalen Sozialistenkongresses in Wien beschloß der Parteitag, für die Vertagung des Kongresses auf das Jahr 1914 einzutreten. Weiter wurde die Vereinbarung mit den Gewerkschaften akzeptiert, wonach die deutsche Delegation auf 150 Mandate beschränkt bleibt, wovon die Partei 75 und die Gewerkschaften 75 entsenden.

Schließlich hatte der Parteitag sich mit dem Ausschluß des früheren Solinger Genossen Hildebrandt aus der Partei zu beschäftigen. Die lokalen Instanzen sowohl als das Schiedsgericht hatten den Ausschluß vollzogen, der Ausgeschlossene appellierte nun an den Parteitag als die letzte Instanz. In der lebhaften Diskussion vertrat Hildebrandt persönlich seine Anschauungen; seine Gegner erkannten allgemein seine Ehrlichkeit und die idealen Motive an, die ihn leiten, verfochten aber im übrigen die Auffassung des Schiedsgerichts, wonach Hildebrandt nicht als auf dem Boden der Sozialdemokratie stehend anzusehen und deshalb auszuschließen sei. Dieser Ansicht trat auch die überwiegende Mehrheit des Parteitages bei, so daß der Versuch Laufenbergs-Hamburg, durch eine Abstimmung von den Meinungen Hildebrandts seinen formellen Ausschluß überflüssig zu machen, nicht zur Abstimmung kam.

Der Gesamteindruck des Chemnitzer Parteitages ist ohne Zweifel recht befriedigend. Es ist dort eine fleißige und umsichtige Arbeit geleistet worden, die der Partei zum Vorteil gereichen wird. Auch der Gewerkschafter wird mit Befriedigung auf das Gesamtergebnis blicken können.

Wichtigere Beschlüsse des Parteitagcs.**Resolution zur Lebensmittelsteuerung.**

Der Parteitag konstatiert, daß der Kapitalismus in der stürmischen Entwicklung der beiden letzten Jahrzehnte zu einer ungeheuren Reichumsvermehrung der Besitzenden geführt habe, während die arbeitenden Klassen durch die zunehmende Verteuerung ihrer wichtigsten Bedarfsgegenstände an der Erhöhung ihrer Lebenshaltung gehindert worden und in Gefahr geraten sind, der Kampferwerbungen ihrer gewerkschaftlichen Organisationen beraubt zu werden. Der Parteitag sieht in diesem Gegensatz der Bereicherung der wenigen Kapitalmagnaten und der zunehmenden Massenverarmung den stärksten Beweis für die Unvereinbarkeit der kapitalistischen Produktionsweise mit den Interessen der arbeitenden Klassen und für die Notwendigkeit des Sozialismus, d. h. für die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion.

Der Parteitag erkennt in der herrschenden Schutzpolitik Deutschlands die Ursache der unerträglichen Verschärfung der Steuerung. Er fordert die Beseitigung dieser Wirtschaftspolitik, deren Zweck nur die ungeheuerliche Steigerung der Beute der Großkapitalisten, Großgrundbesitzer und Spekulanten, die treibhausmäßige Förderung der Kartelle und Ringe und die Erhöhung ihrer Monopolprofite bildet. Der Parteitag fordert daher eine gründliche Reform unseres Steuersystems mit dem Ziel der Beseitigung aller indirekten Steuern auf die Verbrauchsartikel der Massen und ihre Ersetzung durch direkte Vermögens-, Einkommens- und Erbschaftssteuern.

Der Parteitag fordert die Beseitigung des Systems der Einfuhrzölle, die Aufhebung aller Lebensmittelzölle und der Zölle auf Futtermittel, die den Großgrundbesitz auf Kosten der städtischen und der bäuerlichen Bevölkerung begünstigen.

Er fordert insbesondere zur Abhilfe der Fleischnot die sofortige Aufhebung der Vieh- und Fleischzölle, die Öffnung der Grenzen für Vieh und Fleisch unter Beachtung unerlässlicher gesundheitlicher Ueberwachungsmaßnahmen und der entsprechenden Abänderungen des Gesetzes, betreffend die Schlachtvieh- und Fleischbeschau, um die Einfuhr von frischem und zubereitetem Fleisch, insbesondere auch von Gefrierfleisch dauernd zu ermöglichen.

Dieselben Junker und Scharfmacher, welche die Aus-hungerung des Volkes durch ihre Zollwucherpolitik verschulden, wollen nun dessen Widerstand brechen, indem sie das ohnehin schon ungenügende Koalitionsrecht völlig eröffeln. Der Parteitag protestiert gegen diese infame Vergewaltigung der Arbeiter und fordert vielmehr die Ausgestaltung und Sicherung der Koalitionsfreiheit.

Der Parteitag erklärt die sofortige Einberufung des Reichstages für unerlässlich und fordert die arbeitende Klasse auf, den Kampf gegen das herrschende Ausplünderungssystem auch im Hinblick auf die Neugestaltung der gesamten deutschen Handelspolitik und die gemeingefährliche Untätigkeit der kapitalistischen Klassenregierung gegenüber dem schreienden Notstand der Massen mit aller Wucht fortzuführen.

Resolution zum Bergarbeiterschutz.

Der Parteitag erklärt, die Häufung der Massentatastrophen in den deutschen Bergwerksbetrieben, die fast andauernd steigende Zahl der getöteten und verletzten Bergarbeiter, wie auch die erschreckend hohen bergmännischen Krankheitsziffern beweisen schlagend, daß die von den Vertretern des kapitalistischen Ausbeutungssystems nach jeder großen Grubentatastrophe wiederholte Versicherung, für den Schutz der Bergwerksarbeiter sei hinreichend gesorgt, eine wider besseres Wissen aufgestellte Behauptung ist. Schon die Tatsache, daß die Unfalls-

ziffern in anderen europäischen Ländern erheblich geringer sind, zwingt zu dem Schluß, daß nicht alle Mittel zur Verbesserung der Grubensicherheit in Deutschland in Anwendung sind. Es ist beschämend, daß Deutschland im Bergarbeiterschutz hinter dem Ausland zurücksteht. Der Parteitag beauftragt deshalb die sozialdemokratische Reichstagsfraktion, alsbald nach dem Zusammentritt des Reichstages diesen erneut und nachdrücklich zur Beschlußfassung über eine den modernen Betriebs- und Arbeitsverhältnissen entsprechende reichsgesetzliche Regelung des Bergarbeiterschutzes zu veranlassen. Dieses Gesetz muß mindestens zwingend festlegen:

1. Eine Arbeitszeit von höchstens 8 Stunden, und zwar mit der Maßgabe, daß innerhalb 24 Stunden allgemein höchstens acht Stunden gearbeitet werden darf, abgesehen von Ueberzeitarbeit, die zur Rettung und Sicherung von Menschenleben und zur Aufrechterhaltung des Betriebes unbedingt nötig ist. Bei einer Grubentemperatur von 28 Grad Celsius an und an besonders heißen Arbeitspunkten darf die Schichtdauer nicht mehr als sechs Stunden betragen;

2. Arbeiter unter 18 Jahren sind zur unterirdischen Tätigkeit nicht zuzulassen, auch nicht solche Erwachsene, denen die für die eigentliche Bergarbeit nötige berufliche Vorbildung mangelt;

3. Vorschriften über die Erzielung und Auszahlung eines Arbeitslohnes, der dem schweren und gefährlichen Bergarbeiterberuf gerecht wird und den Arbeitern und ihren Familien einen kulturentsprechenden Lebensunterhalt ermöglicht;

4. Anstellung von Grubekontrollleuten, mittels geheimer und direkter Wahl von den Arbeitern gewählt und aus Staatsmitteln besoldet;

5. Vereithaltung einer genügenden Zahl von Rettungsapparaten und Geräten für den Transport der Unfallopfer, Ausbildung von mit der Benutzung der Rettungsapparate und der ersten Hilfeleistung bei Verletzungen vertrauter Mannschaften;

6. Einrichtung von ausreichenden Wasch- und Badeanstalten (Brausebäder) auf allen Werten.

Der Parteitag erwartet, daß angesichts der furchtbaren Unglücksfälle der letzten Zeit der Reichstag und die verbündeten Regierungen endlich es für ihre Gewissenspflicht erachten werden, die gestellten Forderungen durchzuführen.

Resolution gegen die Gewalttätigkeiten der Arbeitswilligen.

Die Tatsache, daß die Fälle sich mehren, wo friedliche Personen, durch Arbeitswillige schwer mißhandelt, sogar niedergeschossen werden, veranlaßt den Parteitag zu scharfem Protest gegen die planmäßige Bewaffnung der Arbeitswilligen und gegen die nachsichtige Haltung der Behörden gegenüber den Gewalttätigkeiten dieser Personen. Die Fraktion wird aufgefordert, in geeigneter Weise diese Rohheitsverbrechen, die von Arbeitswilligen verübt werden, zur Sprache zu bringen und zu verlangen, daß der Ausnahmebehandlung dieser gemeingefährlichen Elemente ein Ende gemacht werde.

Resolution über die Jugendbewegung.

Der Parteitag der deutschen Sozialdemokratie wiederholt mit Nachdruck den schon von früheren Parteitagen erhobenen Einspruch gegen die Verfolgungen, die sich staatliche Behörden aller Art gegen die proletarische Jugendbewegung herausnehmen.

Der Parteitag anerkennt das erste Bestreben junger Arbeiter und Arbeiterinnen, sich durch rege Vereinstätigkeit, durch Versammlungen, Vortragskurse, künstlerische Veranstaltungen, Ausflüge, Besuche von sehenswerten Sammlungen und auf andere Weise eine Erweiterung ihrer unzureichenden Volksschulbildung anzueignen. Alle

diese Maßnahmen sind reine Bildungsmaßnahmen und als solche unpolitisch.

Dagegen besteht für den Parteitag kein Zweifel über die politischen Beweggründe, die zur neueren bürgerlichen Jugendbewegung in allen ihren Arten und Betätigungsformen und zu ihrer Unterstützung durch Staat und Gemeinde geführt haben, sowie über die offene und versteckte Bekämpfung der Sozialdemokratie, die bei allen Veranstaltungen der bürgerlichen Jugendpflege auf die jugendlichen Teilnehmer versucht wird.

So sehr die deutsche Sozialdemokratie von jeher durch Wort und Tat die geistige und körperliche Hebung der schulenklassen Arbeiterjugend durch den Ausbau und durch die Verbesserung des staatlichen und gemeindlichen Schul- und Bildungswesens bemüht ist, so sehr erhebt sie Widerspruch gegen die parteiische Unterstützung unkontrollierbarer, bewußt sozialistenfeindlicher, also politischer Jugendpflege privater Vereinigungen durch staatliche Behörden und aus öffentlichen Mitteln.

Der Parteitag fürchtet zwar die politische Wirkung dieser neuesten Art der Sozialistenbekämpfung nicht, er erhebt aber aus allgemeinen kulturellen und pädagogischen Gründen den entschiedensten Einspruch gegen das heuchlerische Gebaren und gegen die wüsten Methoden der bürgerlichen Jugendpflege; besonders sieht er in den sogenannten Kriegsspielen und in der öden Nachäfferei militärischer Außerlichkeiten eine schwere Beeinträchtigung der körperlichen, geistigen und seelischen Entwicklung der heranwachsenden Jugend. Solches Treiben dient nicht der Heranbildung wahrer Vaterlandsliebe im Geiste der Menschlichkeit, sondern der Züchtung roher Triebe im Sinne des Nationaldünkels und der Hege gegen andere Völker.

Der Parteitag erwartet, daß die jungen Arbeiter und Arbeiterinnen wie bisher allen Verfolgungen zum Trotz ihre anerkennungswürdige Bildungsarbeit an sich selbst im Sinne fortschrittlicher, freiheitlicher und brüderlicher Lebensauffassung fortsetzen. Die deutsche Sozialdemokratie wird bekümmert sein, sie dabei vor ungerechtfertigten und ungesetlichen Störungen durch amtliche und freiwillige Gegner der proletarischen Jugendbewegung zu schützen.

Resolution betreffend den Imperialismus.

Die unter Verkümmern der Lebenshaltung des ausgebeuteten Proletariats gewaltig entwickelte Produktion treibt zur Erweiterung der Märkte, die riesige Anhäufung des Kapitals drängt nach neuen Anlagegebieten und Verwertungsmöglichkeiten.

Mit der zunehmenden Ausfuhr von Waren und Kapital, von Produktion und Transportmitteln wird der Weltverkehr immer mehr gesteigert und die Weltwirtschaft ausgebreitet. Die durch das Schutzollsystem mächtig geförderten Organisationen der Unternehmer, Kartelle und Trusts, die das Wirtschaftsleben in steigendem Maße beherrschen, nutzen ihren Einfluß auf die Regierung ihres Staates aus, um die staatlichen Machtmittel ihren Expansionsbestrebungen dienstbar zu machen, von dem Wirtschaftsgebiete der Welt große Teile ihrer Einfluß- und Machtsphäre zu unterwerfen und fremde Konkurrenten auszuschließen. Zu diesem Zweck ist die brutalste Gewalt willkommen, wenn sie Erfolg verspricht. Eine struppelose Raub- und Eroberungspolitik, deren volksfeindlichen Charakter bereits der Parteitag in Mainz im Jahre 1900 gebrandmarkt hat, ist die Folge dieser imperialistischen Ausdehnungsbestrebungen. Um Beutezüge siegreich durchzuführen und den Raub in Sicherheit zu bringen, werden die Worbewerzeuge in unerhörter Weise vermehrt und vervollkommenet.

Zwischen den Staaten, deren Kapitalistenklasse dasselbe Expansionsbedürfnis hat und zu seiner Befriedigung dasselbe Ziel verfolgt, entstehen schwere Verwickelungen

und scharfe Gegensätze, die wiederum den Antrieb für die bis zum Wahnsinn vermehrte und verstärkte Rüstungen geben.

Die dadurch erzeugte Gefahr eines verheerenden Weltkrieges wird noch verschärft durch die schamlose Hege der Kapitalmagnaten und Junker, die an der Lieferung von Kriegsmaterial, an der Vergrößerung des Beamtenapparats und der leitenden Stellen in Heer und Marine besonderes Interesse haben.

Der Imperialismus stärkt die Macht der Scharfmacher, gefährdet das Koalitionsrecht und hemmt die Fortentwicklung der Sozialpolitik. Die Rüstungsaufgaben bürden den Massen des Volkes unerträgliche Lasten auf, während die Teuerung aller Lebensmittel ihre Gesundheit untergräbt.

Die bürgerlichen Parteien sind durchweg in den Bann des Imperialismus geraten, sie bewilligen widerstandslos alle Forderungen für Armee und Marine. Die Sozialdemokratie bekämpft auf das nachdrücklichste imperialistische und chauvinistische Bestrebungen, wo immer sie sich zeigen mögen, pflegt dagegen mit aller Entschiedenheit die internationale Solidarität des Proletariats, das nirgends feindselige Gefühle gegen ein anderes Volk hegt.

Wenn auch der Imperialismus, der ein Ausfluß der kapitalistischen Wirtschaftsweise ist, nur mit dieser vollständig überwunden werden kann, so darf doch nichts unterlassen werden, um seine gemeingefährlichen Wirkungen zu mildern.

Der Parteitag bekundet den entschlossenen Willen, alles aufzubieten, um eine Verständigung zwischen den Nationen herbeizuführen und den Frieden zu hüten.

Der Parteitag verlangt, daß im Wege internationaler Vereinbarungen dem Betrüsten ein Ende gemacht wird, daß den Frieden bedroht und die Menschheit einer furchtbaren Katastrophe entgegentreibt.

Der Parteitag fordert an Stelle beutegieriger Eroberungspolitik die Freiheit des Weltverkehrs und die Befestigung des nur der Bereicherung von Kapitalmagnaten und Großgrundbesitzern dienenden Schutzollsystems.

Der Parteitag erwartet, daß die Parteigenossen ihre ganze Kraft unermüdet für den Ausbau der politischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisation des klassenbewußten Proletariats einsetzen werden, um mit verstärkter Wucht den gewalttätigen Imperialismus zu bekämpfen, bis er niedergeworfen ist. Ist es doch die Aufgabe des Proletariats, den auf die höchste Stufe geleiteten Kapitalismus in die sozialistische Gesellschaft überzuführen und so den Frieden, die Selbständigkeit und die Freiheit der Völker dauernd zu sichern.

Bestimmungen betreffend den Parteiauschuß.

§ 20. Der Parteiauschuß besteht aus je einem Vertreter der Bezirks- und Landesvorstände. Jeder Bezirks- und Landesvorstand wählt für die Dauer eines Jahres aus seiner Mitte einen Vertreter, für den im Behinderungsfalle ein Stellvertreter zu entsenden ist. Das Ergebnis der Wahl ist dem Parteivorstand sofort mitzuteilen.

§ 21. Der Parteiauschuß berät gemeinsam mit dem Parteivorstand über wichtige, die Gesamtpartei berührende politische Fragen, über die Einrichtung zentraler Parteiministrieren, die die Partei finanziell dauernd erheblich belasten, über die Festsetzung der Tagesordnung des Parteitages sowie die Bestellung der Referenten und gibt durch Beschluß sein Gutachten ab.

§ 22. Regelmäßig alle Vierteljahre und im Bedarfsfalle auch häufiger ist der Parteiauschuß vom Parteivorstand unter Angabe der Tagesordnung zu einer Sitzung zu berufen. Eine außerordentliche Sitzung muß stattfinden, wenn ein Drittel der Bezirks- und Landes-

vorstände unter Angabe der Gründe dies beantragt. Weigert sich der Parteivorstand, eine ordnungsmäßig beantragte Sitzung zu berufen, dann kann sie durch die Antragsteller einberufen werden. Die Einberufung des Parteiausschusses soll in der Regel mindestens fünf Tage vor den Sitzungstagen erfolgen.

Beschluß betreffend die Sonderkonferenzen.

Der Parteitag spricht den dringenden Wunsch aus, daß die Genossen in Zukunft Sonderzusammenkünfte bestehender Richtungen vermeiden. Der Parteitag geht über sämtliche Anträge, betreffend die Sonderzusammenkünfte, zur Tagesordnung über.

Arbeiterbewegung.

Aus den deutschen Gewerkschaften.

Zwischen den Verbänden der Bauarbeiter und Bildhauer ist ein Kartellvertrag abgeschlossen worden, der das beiderseitige Verhältnis regelt. Die wichtigsten, allgemeinen Interesse beanspruchenden Bestimmungen geben wir hier wieder:

§ 2. Arbeiten Mitglieder des Centralvereins der Bildhauer vorübergehend als Stukkateur oder Mitglieder des Deutschen Bauarbeiterverbandes (Sektion der Stuckbranche) vorübergehend als Bildhauer, so sollen sie vor Ablauf von sechs Wochen nicht angehalten werden, in die zuständige Organisation überzutreten. Bei weiterer Beschäftigungsdauer ist der Uebertritt auf Verlangen der zuständigen Organisation zu vollziehen.

Etwas günstigere Arbeitsverhältnisse des anderen Berufes sind auch bei vorübergehender Beschäftigung einzuhalten.

Beim Uebertritt wird die erworbene Mitgliedschaft in der Regel voll angerechnet. Bei großen Differenzen in der Beitragshöhe kann jedoch, entsprechend dem Verhältnis der geleisteten Beitragssumme zu den Beiträgen der neuen Organisation, die Mitgliedsdauer gekürzt werden.

§ 3. Plant eine Organisation eine Lohnbewegung in Geschäften, die Mitglieder beider Organisationen beschäftigen, und steht zu erwarten, daß Mitglieder der anderen Organisation an dieser Bewegung direkt beteiligt sind, so ist die Ortsverwaltung der anderen Organisation rechtzeitig zu verständigen und zu allen über die Bewegung beratenden und beschließenden Sitzungen eine der Prozentzahl der Beteiligten entsprechende Vertretung der anderen Organisation hinzuzuziehen.

Kommen nur solche Mitglieder der anderen Organisation in Frage, die infolge vorübergehender Beschäftigung in dem anderen Berufe mit an den Differenzen beteiligt sind, so übernimmt die andere Organisation ohne weiteres die eventuelle Unterstützung ihrer Mitglieder nach Maßgabe ihrer diesbezüglichen statutarischen Bestimmungen, sobald die in Frage kommende Organisation die Bewegung genehmigt hat. In diesem Falle unterstehen die beteiligten Mitglieder der anderen Organisation der Kontrolle der die Bewegung führenden Organisation.

§ 4. In Streiffällen ist zwischen den Beteiligten sofort festzustellen, welche Arbeit als Streikarbeit zu betrachten ist. Hierbei ist auf den Ortsgebrauch weitgehendste Rücksicht zu nehmen. Falls eine Einigung nicht zustande kommt, ist die Entscheidung den beiderseitigen Centralvorständen zu überlassen, die möglichst auf dem Wege schriftlicher Verständigung zu erfolgen hat.

§ 5. Die Fertigstellung von Arbeiten, die durch Streikende liegen gelassen wurden, ist in allen Fällen zu verweigern, selbst wenn von dem Arbeitgeber ein höherer Lohn oder sonstige bessere Verhältnisse geboten werden, als sie die Streikenden fordern.

§ 6. Sympathiestreiks der Mitglieder der einen Organisation zugunsten eines Streiks der anderen Organisation bedürfen in jedem einzelnen Falle der vorherigen ausdrücklichen Zustimmung der Centralleitung beider Organisationen.

Die Abrechnung des Buchbinderverbandes für das 2. Quartal schließt mit einem Mitgliederbestand von 31 641, gegen 31 900 im vorher-

gehenden Quartal. Für Arbeitslosenunterstützung wurden 40 565 Mk., Krankenunterstützung 22 260 Mk., Gemäßregeltenunterstützung 1923 Mk. und Streikunterstützung 2645 Mk. verausgabt. Der Bestand der Verbandskasse betrug 670 355 Mk.

Der Vorstand des Verbandes der Handlungsgelhilfen ist dem Beschlusse des letzten Verbandstages entsprechend am 25. September von Hamburg nach Berlin verlegt worden. Die neue Adresse lautet: Berlin N.W. 23, Hofsteiner Ufer 16. Dort befindet sich vom gleichen Termin ab auch die Redaktion der „Handlungsgelhilfenzeitung“.

Der Verband der Steinseker verausgabte im ersten Halbjahr des laufenden Jahres für Streiks 42 001 Mk., Krankenunterstützung 13 480 Mk., Sterbegeld 6600 Mk., Reiseunterstützung 1027 Mk., Verbandsorgan und fachtechnische Beilage 10 100 Mark. Der Kassenbestand betrug 69 685 Mk.

Nach den Berichten der Gauborstände des Zimernerverbandes für das erste Halbjahr 1912 stieg die Mitgliederzahl von 59 235 im vierten Quartal 1911 auf 60 896 im ersten und 64 157 im zweiten Quartal 1912, wozu noch 70 Einzelzahler kommen. Die Zahl der Filialen stieg im gleichen Zeitraum von 758 auf 779. Die Gauborstände hielten selbst 46 Sitzungen ab, in 407 Fällen nahmen sie an Sitzungen der Zahlstellenvorstände teil, 248 Kassenrevisionen wurden vorgenommen. Versammlungen wurden in den Zahlstellen 1522 abgehalten und in 398 Fällen Hausagitation veranstaltet. Die Tätigkeit der Gauborstände auf dem Gebiete der Lohnbewegungen geht aus folgenden Zahlen hervor: Es fanden statt 163 Sitzungen mit den Vorständen resp. Lohnkommissionen, 318 Versammlungen, 315 Verhandlungen mit den Unternehmern und 57 Streikkontrollen.

Mitteilungen.

Für die Verbandsexpeditionen.

Der nächsten Nummer (Nr. 40) des „Corr.-Bl.“ wird die Adressenbeilage Nr. 4 beigegeben. Die Nummer erscheint im Umfange von 24 Seiten.

Unterstützungsvereinigung der in der modernen Arbeiterbewegung tätigen Angestellten.

Zur Mitgliedschaft haben sich gemeldet:

- Bremen: Boray, Heinrich, Angestellter des Tabakarbeiterverbandes.
 Bremerhaven: Stampe, Heinrich, Angestellter des Bauarbeiterverbandes.
 Breslau: Langer, Bruno, Angestellter des Schneiderverbandes.
 Cöln: Wendler, Emil, Angestellter des Holzarbeiterverbandes.
 Leipzig: Gaußherr, Otto, Arbeitersekretär.
 Magdeburg: Gädick, Otto, Angestellter des Transportarbeiterverbandes.
 München: Hartmann, Ulrich, Angestellt. d. Tapeziererverbandes.
 „ Thiede, Karl, Buchhandlungsang.
 „ Seifried, Josef, Expedient.
 Plauen: Kerschmar, Albert, Parteiang.
 Solingen: Müller, Reinhard, Angestellt. d. Transportarbeiterverbandes.
 Stuttgart: Dünnebier, Max, Buchhandlungsangestellter.